

Positionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

WIDER DEN «SOWOHL-ALS-AUCH-LIBERALISMUS»

Die Aussage «Ich bin kein Liberaler» hat Seltenheitswert, und wenn mit dem Bekenntnis zum «Auch-Liberalismus» eine Parteizugehörigkeit verbunden wäre, könnten liberale Parteien auf bequeme – oder schon fast wieder unbequeme – Mehrheiten bauen. Dieser Befund könnte zum Schluss verleiten, der Liberalismus sei aufgrund seiner Plausibilität und seiner Unbestrittenheit «weitgehend verwirklicht», weil seine Substanz in andere parteipolitische Legierungen eingeschmolzen sei.

Die «Flucht ins Allgemeine» ist nicht nur für Artikelschreiber und Festredner, sondern auch für politische Strategen eine gefährliche Falle. Für Wahlkämpfe ist «liberales Gedankengut» von grosser Allgemeinheit und Abstraktheit völlig unbrauchbar; denn es gilt auch hier die *Maxime Friedrichs des Grossen* «*Wer alles defendieret, defendieret nichts*» oder abgewandelt: «*Wer alles propagieret, propagieret nichts*».

«Das Allgemeine» und «die Mitte» als Fallen

Mit guten Gründen begnügen sich Liberale nicht mit einer nahezu grenzenlosen Umschreibung ihres Liberalismus'. Gefragt ist ein Profil, welches erlaubt, liberales Denken und Handeln gegenüber allem Nicht-Liberalen abzugrenzen. Neben der «Allgemeinheits-Falle» lauert eine zweite: die «Links-Rechts-Falle». Ursprünglich bedeutete «links» nichts anderes als die Befürwortung fortschrittlicher Veränderung, eine Strategie des Angriffs – revolutionär oder evolutionär. (In Anwendung auf aktuelle Transformationsprozesse müsste man die beiden Begriffe «schocktherapeutisch» und «gradualistisch» einander gegenüberstellen.) «Rechts» bedeutete demgegenüber die Befürwortung des Herkömmlichen, die Strategie des Verteidigens und Konservierens. Wer sich politisch für eine «gemischte Gefechtsform» entscheidet und gewisse Dinge bewahren und gewisse Dinge ändern will, muss notgedrungen eine Position in der Mitte beziehen. Diese Position in der Mitte birgt aber immer die Gefahr in sich, dass sie zu einer «mittleren Position» wird. Sie hat dann nichts mehr zu defendieren beziehungsweise zu propagieren, das

nicht – entweder «links» oder «rechts» – ebenfalls auf der Traktandenliste steht.

Die ursprüngliche Bedeutung von «links» = progressiv und «rechts» = konservativ ist heute weitgehend unbrauchbar geworden. «Konservative» finden heute in «fortgeschrittenen» Wohlfahrtsstaaten kaum mehr vieles, das sie wirklich konservieren möchten, und sie diskutieren lediglich über die Methode und das Tempo grundlegender Veränderungen, während sich «Linke» immer häufiger ungehemmt der Nostalgie und dem Populismus hingeben und beliebte «Errungenschaften» des Sozialismus bewahren oder wiederherstellen möchten – allerdings mit kapitalistisch erwirtschafteten Steuergeldern. Trotzdem gelingt es nicht, die beiden Begriffe mit- samt der erst recht nicht mehr definierbaren Mitte aus dem politischen Vokabular zu verabschieden.

Im Lauf der Geschichte haben sich neben den Kriterien «veränderungsfreundlich» und «veränderungsfeindlich» noch weitere Begriffsmerkmale eingebürgert, die weniger ideengeschichtlich als soziologisch begründet werden: «links» und «rechts» als eine politisch-psychologische Typisierung von Mentalitäten.

Wichtigstes Kriterium dafür ist die Einstellung zu grösserer Gleichheit. Die Linke hat eine positive Einstellung gegenüber einer Politik, welche diese Gleichheit fördert – beispielsweise durch Umverteilung. Die Rechte befürwortet nach dieser Begriffsbestimmung als Gegenposition eine traditionelle, hierarchische Ordnung und lehnt die politischen Bemühungen um die Herstellung grösserer Gleichheit ab.

Gegenüber einer solchen Unterscheidung und Typologie ist eine mittlere Position, die einen Kompromiss ansteuert, wenig sinnvoll. Ein liberales «Sowohl-Als-auch» verbietet sich hier, und die «mittlere Position» kann sich nur darauf beschränken, die simplifizierende Fragestellung zurückzuweisen und mit einem konsequenten «Weder-noch» zu antworten. Aus dieser Sicht wären die Liberalen eine klassische anti-linke und anti-rechte Oppositionspartei. Die Abgrenzung durch Negation ergibt zwar noch kein zukunftsträchtiges Programm, aber sie schafft klare Verhältnisse. Liberale sind stets «gegen rote und

braune Fäuste», was sie aber nicht davon dispensiert, auch das zu formulieren, was sie befürworten. Vieles spricht für den «Weder-noch-Liberalismus», aber die Gefahr, dass diese Basis zu schmal ist, um Mehrheiten zu begeistern und zu gewinnen, ist gross.

«Liberalismus-Plus» – fragwürdige Verbindungen

Angesichts dieser Tatsachen bietet sich eine weitere parteipolitische Strategie an: die des «Liberalismus-Plus». Eine besonders typische Empfehlung dieser Art hat kürzlich Robert Leicht in der «ZEIT» (vom 21. Oktober 1994) formuliert. *«Programmatisch muss sie [die FDP] sich verbreitern, zur linken Mitte hin: Marktwirtschaft plus radikaldemokratische Liberalität, Individualismus plus Gemeinsinn, ökonomische Effizienz plus ökonomische Innovation, Bürgerrechte plus Bildungschancen.»* Ein Blick in die Ideengeschichte und in die Parteiengeschichte zeigt uns, dass die liberalen Parteien immer wieder ganz wesentlich von solchen fragwürdigen «Plus»-Positionen charakterisiert worden sind. Erfolge und Misserfolge dieser Bindestrich-Liberalismen (z. B. National-Liberalismus, Sozial-Liberalismus, Liberal-Demokratismus) sind häufig mehr durch die «Plus»-Komponenten als durch den Liberalismus selbst bestimmt worden, und allzu oft hat man die Sünden der Bindestrich-Partner allein dem Liberalismus angelastet. Das Schlimmste aber, das durch diese Verbindungsstrategie bewirkt worden ist, sind nicht die Misserfolge und Fehler, das Schlimmste ist der Verlust an Selbstbewusstsein. Liberale haben sich von ihren ideologischen Widersachern allzu oft in die Defensive drängen lassen. Die Auffassung von der Ergänzungsbedürftigkeit des Liberalismus führt eben dazu, dass man die Argumente seiner Kritiker blind akzeptiert und etwa Marktwirtschaft nur noch als Ergänzung zur *«radikaldemokratischen Liberalität»*, *«Effizienz»* (Achtung rechts) nur noch mit *«Innovation»* (Achtung links) zu postulieren wagt, wie wenn sich da irgendwelche Gegensätze oder Korrekturbedürftigkeiten verbergen würden.

Mehr liberales Selbstbewusstsein

Ein politisches Programm, das Offenheit, Vielfalt und Privatautonomie ins Zentrum stellt und einem limitierten Staat limitierte Mittel zur Verfügung stellt, damit die Menschen ihre individuellen und

sozialen Bedürfnisse möglichst ohne politischen Zwang erfüllen können, ist weder anti-sozial noch anti-ökologisch noch anti-demokratisch. Der Markt als eine Problemlösungsstrategie, die auf Spontaneität, Dezentralität und selbstgesteuerte Lernprozesse baut, gewinnt in hoch komplexen Systemen an Bedeutung, und Verträge und Vertragsgemeinschaften sind die flexible Alternative zu immer weniger tauglichen allgemeinverbindlichen Verhaltensvorschriften, welche einen Vollzugsnotstand bewirken.

Der umverteilende Wohlfahrtsstaat hat spätestens dort seine Grenzen überschritten, wo er eine Mehrheit von Bürgern zu Bedürftigen und abhängigen Staatsklienten macht und zu Lasten einer Minderheit von Leistenden und Hochbesteuerten versorgt und korrumpiert und damit die Demokratie gefährdet. Der Liberalismus steht nicht am Ende, sondern in der Startphase seines entscheidenden Beitrags zur Lösung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Probleme.

Immer wieder trifft man Menschen, die sich als «liberal» bezeichnen, und dann entschuldigend zufügen, sie seien «auch-liberal», aber – selbstverständlich trotzdem – «auch sozial-denkend» oder «sozial-fühlend» oder «ökologisch eingestellt». Am meisten stört an diesen Selbsteinstufungen im politischen Spektrum nicht die Sehnsucht nach dem «Auch-Liberalen», nach dem «Sowohl-Als-auch» in der Mitte. Am meisten stört das «trotzdem». Es zeigt, wie gefährlich die dritte Falle des Liberalismus sein kann, die Falle des fehlenden Selbstbewusstseins, die Angst vor der

Radikalität und die mangelnde Überzeugung von den eigenen Ideen. Schuld daran sind Vorurteile, die auf Fehlinformationen und einseitig vermittelten Geschichtskennntnissen beruhen. Die linke und rechte Liberalismuskritik hat es offenbar fertiggebracht, die liberalen Selbstzweifel derart anzuheizen, dass Liberale häufig nur noch defensiv argumentieren und die falschen Fragestellungen nicht zurückweisen. Dabei gäbe es genügend Gründe und empirische Befunde, welche die liberale Überzeugung stützen, dass das Soziale, Ökologische, Innovative, Kulturelle usw. nicht «trotz», sondern «wegen» liberalen, marktwirtschaftlichen Strukturen die bestmöglichen Chancen hat. Eine Öffnung ist angezeigt, aber nicht eine Öffnung gegenüber linken und rechten Widersachern, sondern eine Öffnung gegenüber dem eigenen zukunftsfrächtigen Gedankengut: mehr Mut zur liberalen Grundsatztreue. ♦

ROBERT NEF

**Es gibt genügend
Gründe und empirische
Befunde, welche
die liberale
Überzeugung stützen,
dass das Soziale,
Ökologische, Innovative,
Kulturelle usw. nicht
«trotz», sondern «wegen»
liberalen, marktwirtschaftlichen
Strukturen
die bestmöglichen
Chancen hat.**

«ARMEE 95» – EINE POLITISCHE ERFOLGSSTORY

Auf Anfang Jahr tritt die neue Organisation der Armee in Kraft – mit militärischer Pünktlichkeit. Das ist nicht selbstverständlich. Dieser Reformbedarf war zwar den Planungsstäben der Armee schon Mitte der achtziger Jahre bewusst. Die bestehenden Vorarbeiten wurden aber erst im Frühjahr 1989 unter dem neuen Departementchef *Kaspar Villiger* auf einen konkreten, wesentlich engeren Planungshorizont ausgerichtet, eben den 1. Januar 1995. Das bedeutete eine Frist von weniger als sechs Jahren für ein Grossprojekt, das nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch bezüglich der politischen Implikationen aussergewöhnliche Reformanstrengungen erforderte.

Der militärische Handlungsbedarf wurde noch im selben Jahr 1989 offenkundig, als mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtblocks ganz Europa sich in einer wesentlich veränderten strategischen Lage neu zu orientieren hatte. Gleichzeitig wurde im Urnengang über die Armeeabschaffungsinitiative deutlich, dass auch das wehrpsychologische Klima im eigenen Land an den scheinbar unerschütterlichen und daher wenig reflektierten Traditionen des eidgenössischen Wehrwesens nagte. Jedenfalls war zunächst eine fundierte Auseinandersetzung mit den Grundfragen der schweizerischen Sicherheitspolitik erforderlich, die der Bundesrat sehr rasch veranlasste und die bereits im Herbst 1990 in einen neuen sicherheitspolitischen Bericht und Anfang 1992 in ein neues Armeeleitbild mündete.

Während auf militärischer Ebene das Projekt der neuen Armee Hand in Hand mit dieser Grundlagenarbeit vorangetrieben wurde, mussten dem Parlament nach diesen Berichten unverzüglich die für die Umsetzung benötigten rechtlichen Erlasse unterbreitet werden, das Militärgesetz als Ersatz für das aus dem Jahre 1907 stammende Gesetz über die Militärorganisation und die Armeearbeit anstelle der Truppenordnung von 1960. Da die Zeit für den politischen Prozess einschliesslich ein mögliches Referendum knapp wurde, löste man die für die Realisierung der Neuorganisation unbedingt erforderlichen Regelungen heraus und liess sie vom Parlament in zwei vorgezogenen Bundesbeschlüssen absegnen, ein Verfahren, das in dieser Form erstmals angewendet wurde. Die Verabschiedung der beiden Beschlüsse noch vor Mitte 1994 ermöglichte den Erlass der zahlreichen nachgeordneten Verordnungen und die Inkraftsetzung der Reform auf den ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt.

Wer sich den normalen Zeitbedarf für grössere legislative Vorhaben vor Augen hält, kann im Rückblick nur anerkennend staunen über das Tempo und

die zielgerichtete Beharrlichkeit, die in diesem Ablauf sichtbar werden. Sicher lassen sich Gründe finden, die eine speditive Reform gerade in diesem Bereich begünstigten. Die Verkleinerung und Entschlackung der Armee entsprach nicht nur dem Zeitgeist, sondern kam auch dem Bedürfnis nach einer Umlagerung von Mitteln zugunsten anderer Staatsaufgaben entgegen. Es müssen in der Landesverteidigung, die vor allem eine Versicherungsprämie für derzeit hypothetische zukünftige Gefährdungen darstellt, auch weniger Besitzstände angetastet werden als in den Leistungsbereichen des Staates, die permanenten Verteilungskämpfen ausgesetzt sind. Auf politisch relevante Empfindlichkeiten, etwa bei kantonalen Zuständigkeitsreservaten und Schützenvereinen, hat man rechtzeitig klug Rücksicht genommen. Auch wurde mit der Dosierung der Reform das Selbstverständnis des Schweizer Milizsystems nicht über Gebühr strapaziert. So konnte ein politisches Scheitern bereits im Ansatz vermieden werden.

Andererseits dürfen die Erschwernisse nicht übersehen werden. Dass eine kleinere Armee moderner ausgerüstet sein und die Reduktion der Ausbildungszeiten durch Investitionen im Ausbildungsbereich kompensiert werden müsse, war zwar von Anfang an betont worden. Der finanzielle Rahmen für die Erneuerung der Armee wurde jedoch laufend eingengt, was sich auf die Realisierung der Reformziele in den nächsten Jahren zweifellos verzögernd auswirken wird. Schliesslich hatten zwei Urnengänge zu umstrittenen Elementen das Projekt erheblich tangiert. Die Ablehnung der gegen die Beschaffung von Kampfflugzeugen und die Modernisierung von Waffenplätzen gerichteten Volksinitiativen liess zwar die neue Konzeption ungeschoren, die damit ausgelöste Zusatzrunde im parlamentarischen Ablauf hätte aber beinahe den Zeitplan über den Haufen geworfen. Das Nein zu den Blauhelmen hingegen lässt das neue friedenspolitische Element in der Armeekonzeption vorderhand etwas schmalbrüstig erscheinen.

Insgesamt aber darf das Projekt «Armee 95», dessen militärische Würdigung hier noch vorbehalten sei, unter politischen Gesichtspunkten unzweifelhaft als ein Erfolg bezeichnet werden. Sie basiert auf einer fundierten Lagebeurteilung, einer realistischen Einschätzung des politischen Handlungsspielraums, einer vergleichsweise kleinen, effizienten Projektorganisation und – nicht zuletzt – einem starken Führungsdruck mit dezidierten Ziel- und Zeitvorgaben. Bei manchen anderen Reformvorhaben in der eidgenössischen Politik könnte man sich daran ein Beispiel nehmen. ♦

ULRICH PFISTER